

Armut im Blick

Expertise zu den Erstergebnissen der amtlichen
Armutserichterstattung für 2022

Inhaltsverzeichnis

Methodische Bemerkungen zur amtlichen Armutsstatistik	2
Bund und Länder	3
Demografische Merkmale	4
Armutsschwelle	6

Expertise des Paritätischen Gesamtverbandes zu den Erstergebnissen der amtlichen
Sozialberichterstattung für 2022

Berlin, 26.05.2023

Methodische Bemerkungen zur amtlichen Armutsstatistik

Der Mikrozensus ist die mit Abstand valideste Datengrundlage zur Berechnung von Armutsquoten in Deutschland. Beim Mikrozensus (kleine Volkszählung) wird nach einer Zufallsstichprobe jährlich etwa ein Prozent aller Haushalte in Deutschland befragt (circa 370.000 Haushalte bzw. 730.000 Personen).¹ Bis einschließlich 2019 gab es zusätzlich die gesondert erhobene EU-Einkommensstatistik EU-SILC, bei der 14.000 Haushalte befragt wurden. Diese ist 2020 in den Mikrozensus integriert worden. Im Kernprogramm wird dabei die einprozentige Stichprobe des Mikrozensus befragt, während für zusätzliche Befragungen zur Arbeitsmarktintegration, zu Einkommens- und Lebensbedingungen sowie zu Informations- und Kommunikationstechnologien Unterstichproben gezogen werden.²

Mit dem Ziel, erste Ergebnisse schneller bereitzustellen, veröffentlicht das Statistische Bundesamt die Zahlen zur Einkommensarmut in Deutschland, ebenso wie auch andere Ergebnisse aus dem Mikrozensus, in zwei Schritten: im Frühjahr werden Erstergebnisse veröffentlicht, später folgen Endergebnisse. Hierbei stellten sich in der Vergangenheit erhebliche Unterschiede zwischen den Erst- und Endergebnissen heraus. So lag die Armutsquote für Deutschland nach Erstergebnissen im Jahr 2021 bei 16,6 Prozent. Nach den Endergebnissen musste dann eine Quote von 16,9 Prozent festgestellt werden. Der Unterschied von 0,3 Prozentpunkten mag auf den ersten Blick gering erscheinen, stellt sich bei einer Grundgesamtheit von 83 Millionen Menschen jedoch als erheblich dar. So waren 2021 nicht 13,8 Millionen Menschen von Armut betroffen, wie nach den Erstergebnissen berechnet, sondern tatsächlich 14,1 Millionen. Verschiedene Bundesländer zeigten im Vergleich von Erst- und Endergebnissen sogar noch stärkere Abweichungen als 0,3 Prozentpunkte. Es waren Berlin (von 19,6 auf 20,1), Nordrhein-Westfalen (von 18,7 auf 19,2), Rheinland-Pfalz (von 16,5 auf 17,0), Schleswig-Holstein (von 15,0 auf 15,6). Das Ruhrgebiet verschlechterte sich mit Vorliegen der Endergebnisse um einen ganzen Prozentpunkt von 20,1 auf 21,1 Prozent Armer und das Saarland sogar um 1,5 Prozentpunkte von 16,1 auf 17,6 Prozent. Und auch bei einzelnen demografischen Gruppen zeigten sich große Abweichungen. Die Kinderarmut lag nach den Endergebnissen um 0,5 Prozentpunkte höher als ursprünglich angenommen. Bei Alleinerziehenden waren es 42,3 statt 41,6 und bei Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern 32,2 statt 31,6 Prozent.

Vor diesem Hintergrund sind die inzwischen vorliegenden Erstergebnisse für das Jahr 2022 mit großer Vorsicht zu betrachten. Endgültige Schlüsse zur Armutsentwicklung im Inflationsjahr 2022 können aus ihnen nicht gezogen werden. Diese Expertise dient stattdessen dazu, die vorläufigen Zahlen einzuordnen, zu interpretieren und aus ihnen Hypothese abzuleiten, deren Bestätigung oder Ablehnung allerdings erst durch Auswertung der Endergebnisse im Jahresverlauf 2023 erfolgen kann.

¹ Statistisches Bundesamt (2023): Qualitätsbericht Mikrozensus, Wiesbaden.

² Hundeborn, Janina / Enderer, Jörg (2019): Die Neuregelung des Mikrozensus ab 2020, in: WISTA Wirtschaft und Statistik 6/2019, S. 9-17.

Bund und Länder

Nach den Erstergebnissen auf Grundlage des Mikrozensus-Kernprogramms ist die Armut in Deutschland im Jahr 2022 von 16,9 auf 16,7 Prozent gesunken. Besonders stark ist der Rückgang demnach in Berlin (von 20,1 auf 17,3 Prozent), in Hessen (18,5 auf 17,7 Prozent) und in Sachsen (17,0 auf 16,4 Prozent). In fünf weiteren Bundesländern hat die Armut abgenommen (siehe Tabelle 1). In acht Bundesländern dagegen gab es einen Anstieg der Armut, am stärksten in Hamburg (17,5 auf 19,3 Prozent), Saarland (17,6 auf 18,9 Prozent) und in Schleswig-Holstein (15,6 auf 16,9 Prozent).

Einordnung: Der Rückgang der Armut widerspricht den Erwartungen, die die Entwicklungen des Jahres 2022 mit der hohen Inflation und den Entlastungspaketen gebracht haben. Angesichts der Verteilungswirkungen der Entlastungspakete, die sich überwiegend einkommensproportional verteilt haben, wäre jedoch ein Anstieg der Armut zu erwarten. Denn mit den Paketen hat in absoluten Zahlen mehr Entlastung erfahren, wer ohnehin schon mehr Geld hatte. Daraus lässt sich die Arbeitshypothese ableiten, dass die Ungleichheit zwischen reichen und armen Haushalten 2022 gestiegen ist und somit mutmaßlich auch die Armutsquote. Von den ersten beiden Entlastungspaketen 2022 entfielen 23,6 Milliarden Euro auf Privathaushalte, ein großer Teil davon auf Erwerbstätige und einkommensproportional. Zielgerichtet an Bedürftige flossen nur zwei Milliarden der 23,6 Milliarden: Einmalzahlung von 200 Euro in der sozialen Mindestsicherung, 20 Euro Soforthilfe für Kinder in Hartz IV und Heizkostenzuschuss im Wohngeld und BAföG. Die Einmalzahlung von 200 Euro lag weit unter einem Inflationsausgleich. Auch das dritte Entlastungsprogramm im Herbst 2022 hatte eine ähnliche armutspolitische Schieflage.

Schließlich lohnt auch ein Blick auf die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Nach den Erstergebnissen ist die Armut im im Osten relativ stark gesunken, und zwar um 0,9 Prozentpunkte, während sie im Westen nahezu stabil war (Rückgang um 0,1 Prozentpunkte)

These: Der Rückgang der Armut im Jahr 2022, auf den die Erstergebnisse verweisen, könnte unter anderem ein Effekt der Mindestlohnerhöhung sein. Der Mindestlohn stieg zum 01.01.2022 von 9,60 Euro auf 9,82 Euro, zum 01.07.2022 auf 10,45 Euro und zum 01.10.2022 auf 12 Euro. Auch der stärkere Rückgang der Armut im Osten ließe sich so erklären. Schließlich dürften wegen der Beschäftigungsstruktur Beschäftigte in Ostdeutschland stärker von der Erhöhung profitiert haben als Beschäftigte im Westen.³

³ Pusch, Toralf / Seils, Eric (2022): Mindestlohn 12 Euro. Auswirkungen in den Kreisen. WSI Policy Brief Nr. 72, 9/2022.

Tabelle 1: Armutsquoten nach Bundesländern 2012 bis 2019 und 2020 bis 2022 (in %)

Armutsquoten nach Bundesländern (in %)	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020*	2021	2022**
Deutschland	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5	15,9	16,2	16,9	16,7
Ostdeutschland (einschl. Berlin)	19,6	19,8	19,2	19,7	18,4	17,8	17,5	17,9	18,4	18,0	17,1
Westdeutschland	13,9	14,4	14,5	14,7	15,0	15,3	15,0	15,4	15,6	16,7	16,6
Baden-Württemberg	11,1	11,4	11,4	11,8	11,9	12,1	11,9	12,3	13,1	14,1	13,6
Bayern	11,0	11,3	11,5	11,6	12,1	12,1	11,7	11,9	11,6	12,8	12,7
Berlin	20,8	21,4	20,0	22,4	19,4	19,2	18,2	19,3	20,2	20,1	17,3
Brandenburg	18,1	17,7	16,9	16,8	15,6	15,0	15,2	15,2	14,3	14,8	14,3
Bremen	22,9	24,6	24,1	24,8	22,6	23,0	22,7	24,9	28,4	28,2	28,4
Hamburg	14,8	16,9	15,6	15,7	14,9	14,7	15,3	15,0	17,8	17,5	19,3
Hessen	13,3	13,7	13,8	14,4	15,1	15,4	15,8	16,1	17,5	18,5	17,7
Mecklenburg-Vorpommern	22,8	23,6	21,3	21,7	20,4	19,4	20,9	19,4	19,8	18,3	18,7
Niedersachsen	15,7	16,1	15,8	16,5	16,7	16,7	15,9	17,1	17,6	18,3	17,9
Nordrhein-Westfalen	16,3	17,1	17,5	17,5	17,8	18,7	18,1	18,5	17,6	19,2	19,5
Rheinland-Pfalz	14,6	15,4	15,5	15,2	15,5	15,6	15,4	15,6	16,3	17,0	17,3
Saarland	15,4	17,1	17,5	17,2	17,2	16,8	16,0	17,0	16,4	17,6	18,9
Sachsen	18,8	18,8	18,5	18,6	17,7	16,8	16,6	17,2	18,0	17,0	16,4
Sachsen-Anhalt	21,1	20,9	21,3	20,1	21,4	21,0	19,5	19,5	20,5	19,2	19,3
Schleswig-Holstein	13,8	14,0	13,8	14,6	15,1	14,8	15,3	14,5	15,9	15,6	16,9
Thüringen	16,8	18,0	17,8	18,9	17,2	16,3	16,4	17,0	17,9	19,0	18,5

Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten), IT.NRW.

* Die Ergebnisse des Mikrozensus ab 2020, auf denen die Armutsquote beruht, sind aus methodischen Gründen nur eingeschränkt mit Vorjahreswerten vergleichbar.

** basierend auf Erstergebnissen des Mikrozensus

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bundesagentur für Arbeit.

Demografische Merkmale

Nach den Erstergebnissen ist die Armut in den meisten demografischen Gruppen im Jahr 2022 gesunken. Besonders stark war demnach der Rückgang bei Selbstständigen (-1,6 Prozentpunkte) und bei Niedrigqualifizierten (-0,9 bzw. -1,1 Prozentpunkte). Gestiegen ist dagegen die Armut bei Alleinerziehenden (0,6 Prozentpunkte) und bei Kindern (0,3 Prozentpunkte). Noch stärker war der Anstieg bei Erwachsenen unterhalb des Rentenalters, die dem Arbeitsmarkt beispielsweise wegen längerer Krankheit, Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen nicht zur Verfügung stehen (sogenannte "sonstige Nichterwerbspersonen"). Von dieser Gruppe waren 44,1 Prozent von Armut betroffen, gegenüber einem Wert von 42,5 im Vorjahr. Auch bei "sonstigen Haushalten mit Kindern" stieg die Armut stark an, von 22,6 auf 24 Prozent.

These 1: Der auffällige Rückgang der Armut von Selbstständigen könnte, sofern die Endergebnisse dies bestätigen, eine Entwicklung in Richtung des vorpandemischen Niveaus bedeuten. Mit der Corona-Pandemie und ihren wirtschaftlichen Folgen, die unter anderem Solo-Selbstständige hart trafen, stieg die Armutsquote von Selbstständigen stark an. Lag sie in den Jahren vor der Pandemie bei Werten um 9 Prozent, stieg sie im ersten Pandemiejahr 2020 auf 13 Prozent, wo sie 2021 verblieb. Bestätigt sich der Wert von 11,4 Prozent für 2022, könnte sich hier eine Rückkehr in Richtung des vorpandemischen Niveaus andeuten.

These 2: Der ebenfalls auffällige Rückgang bei Niedrigqualifizierten könnte, sofern er sich bestätigt, ein Effekt der Mindestlohnerhöhung sein.

Tabelle 2: Armutsquote nach soziodemografischen Merkmalen (Bundesmedian)

Merkmal	Armutsquote in %			
	2019	2020*	2021	2022**
Insgesamt	15,9	16,2	16,9	16,7
Alter				
Unter 18	20,5	20,4	21,3	21,6
18 bis unter 25	25,8	25,9	25,8	25,3
25 bis unter 50	14,1	14,4	14,9	14,5
50 bis unter 65	12,0	12,3	13,0	12,6
65 und älter	15,7	16,3	17,6	17,5
Geschlecht				
Männlich	15,2	15,3	16,0	15,7
Weiblich	16,6	17,0	17,8	17,7
Alter und Geschlecht				
Männlich				
18 bis unter 25	24,7	24,4	24,1	23,6
25 bis unter 50	13,7	13,9	14,4	13,6
50 bis unter 65	11,5	11,7	12,3	11,9
65 und älter	13,5	13,9	15,2	15,1
Weiblich				
18 bis unter 25	27,0	27,5	27,6	27,1
25 bis unter 50	14,6	14,8	15,5	15,4
50 bis unter 65	12,6	12,9	13,7	13,4
65 und älter	17,4	18,3	19,5	19,4
Haushaltstyp				
Einpersonenhaushalt	26,5	27,8	28,2	27,6
Zwei Erwachsene ohne Kind	8,7	8,7	9,2	9,1
Sonstiger Haushalt ohne Kind	8,8	9,8	10,4	9,8
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	42,7	40,4	42,3	42,9
Zwei Erwachsene und ein Kind	8,8	9,0	8,9	8,4
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	11,0	11,4	11,3	11,2
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	30,9	31,2	32,2	31,8
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	19,3	20,9	22,6	24,0
Erwerbsstatus				
Erwerbstätige				
Selbständige (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	9,0	13,0	13,0	11,4
Abhängig Erwerbstätige	7,9	8,3	8,5	8,4
Erwerbslose				
Nichterwerbspersonen	23,1	22,6	24,2	24,4
Rentner*innen und Pensionär*innen	17,1	17,5	18,2	18,1
Personen im Alter von unter 18 Jahren	20,8	20,5	21,5	21,9
Sonstige Nichterwerbspersonen	42,8	38,9	42,5	44,1
Qualifikationsniveau der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher*in)				
Niedrig	41,7	38,9	39,8	38,9
Mittel	15,2	16,2	16,4	16,1
Hoch	5,9	6,5	6,7	6,8
Qualifikationsniveau (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)				
Niedrig	32,9	31,0	32,7	31,6
Mittel	12,4	13,3	13,6	13,3
Hoch	6,2	6,9	7,0	7,1
Staatsangehörigkeit				
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	35,2	35,9	35,9	35,3
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	13,2	13,3	14,1	13,7
Migrationshintergrund				
Mit Migrationshintergrund	27,8	28,0	28,6	28,1
Ohne Migrationshintergrund	11,7	11,8	12,5	12,1

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

* Die Ergebnisse des Mikrozensus ab 2020, auf denen die Armutsquote beruht, sind aus methodischen Gründen nur eingeschränkt mit Vorjahreswerten vergleichbar. Endergebnisse des Mikrozensus 2020 und 2021.

Armutsschwelle

Die Zahlen zur Armut beziehen sich auf die Verteilung der im Mikrozensus abgefragten Haushaltseinkommen. Wer weniger als 60 Prozent des mittleren, äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens hat, gilt als arm. Diese Definition berücksichtigt keine Kaufkraft, sie ist gegenüber den Preissteigerungen des Jahres 2022 "naiv". Anschaulich wird dies an der vorläufigen Armutsschwelle 2022: Die Armutsschwelle ist für eine alleinstehende Person von 1.145 Euro im Jahr 2021 (Endergebnisse) auf 1.189 Euro im Jahr 2022 (Erstergebnisse) gestiegen. Diese Steigerung um 44 Euro oder knapp vier Prozent liegt deutlich unterhalb der Inflation für 2022. Stellen wir uns zur Veranschaulichung eine Person vor, die jeweils 2021 und 2022 ein Nettoeinkommen exakt einen Euro unterhalb der Armutsschwelle hatte, so muss sie zwar in beiden Jahren als arm gelten. 2021 hatte sie jedoch trotz Armut eine höhere Kaufkraft als im Jahr 2022.